

ROT-BLAU-GRÜN

Angst vor der eigenen Courage

Richard Graf

Das Luxemburger Wahlsystem ermöglicht zwar, seine TraumkandidatInnen zusammen zu stellen. Eine Wunsch-Koalition allerdings lässt sich, wegen der fehlenden Koalitionsaussagen der Parteien, aber nicht bestimmen.

Als die woxx im Vorfeld der Chamberwahlen des Jahres 2009 zu einem Streitgespräch zum Thema „Ist eine Regierung ohne CSV-Beteiligung möglich?“ einlud, wurde allein die Fragestellung in manchen Reihen schon als eine Art Königsmord empfunden. Mit dem Hinweis, dass ein solcher bunter Haufen mit 31 von 60 Sitzen gerade einmal über die zum Regieren nötige kleinstmögliche absolute Mehrheit verfügen würde, wurden einer solchen politischen Konstellation alle Überlebenschancen abgesprochen. Es war darum auch vor allem der LSAP-Vertreter Alex Bodry, der sich in der Debatte illusionsfrei präsentierte: Auch im Jahre 2009 komme man nicht an der CSV als Regierungspartei vorbei.

Die Skeptiker sollten Recht behalten: Im Juni 2009, also nur wenige Monate nach dem Ausbruch der Finanzkrise, errang die CSV einen historischen Sieg, der ihr 26 von 60 Sitzen im Parlament sicherte. Und die erwähnte potenzielle Dreierkoalition wäre mit 29 Sitzen gar nicht regierungsfähig gewesen. „Juncker on Tour“ und der „séchere Wee“ hatten sich als die richtige Mischung entpuppt, die eigenen Truppen, aber auch die WechselwählerInnen, für die CSV zu gewinnen. Anders als bei vorangegangenen Wahlen musste nicht nur der Koalitionspartner, sondern auch der konkurrierende „Juniorpartner“ Federn lassen. Für die DP war die Lektion besonders bitter: Mit nur mehr neun Sitzen war sie auf das Niveau der 1950er Jahre zurückgefallen.

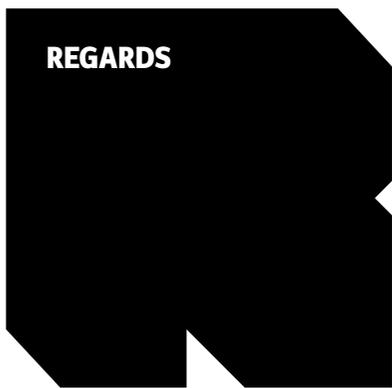
Die CSV hatte es geschafft, sich in wenigen Monaten - nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers am 15. September 2008 und dem folgenden

Ausbruch der Finanzkrise - als noch unentbehrlicher als in den Boomjahren darzustellen. Und auch der auserwählte Thronfolger, Luc Frieden, saß fester im Sattel denn je, auch falls Juncker trotz aller Versprechen doch nach Brüssel gegangen wäre. Eine Regierung ohne Beteiligung der CSV schien auf lange Zeit undenkbar.

Nehmen wir als Referenzpunkt das Jahr 1989, als die Zahl der Parlamentssitze erstmals auf 60 festgesetzt wurde: Es ist es bemerkenswert, dass es theoretisch, mit Ausnahme des Jahres 2009, immer eine Mehrheit jenseits der CSV (und der ADR) gegeben hat: 1989 und 1994 mit 34, 1999 mit 33 und 2004 wie schon erwähnt mit denkbar knappen 31 Sitzen.

Und heute? Von den Anhängern der CSV werden solche Gedankenspiele gerne als Verschwörung verunglimpft. Und auch wenn Jean-Claude Juncker im Fernsehduell mit dem LSAP-Spitzenkandidaten Etienne Schneider einräumt, dass eine solche Konstellation durchaus eine demokratische Legitimation hätte, so tut er dies nicht, ohne auf das „ungeschriebene Gesetz“ zu verweisen, wonach der Regierungformateur aus den Reihen der stärksten Fraktion kommt. Doch auch als die CSV 1974 den Weg in die Opposition ging, war sie, wenn auch nur knapp, stärkste Partei geblieben.

Verfolgt man die zahlreichen Kongressreden, Wahlmeetings, Debatten, Face-à-Faces und Interviews, die wegen des vorgezogenen Wahlkampfes in diesem Jahr besonders dicht aufeinander folgen, so fällt auf, dass es besonders CSV-PolitikerInnen sind, die das „Gespenst“ einer Dreierkoalition beschwören. DP und Grüne weichen der Frage immer wieder mit dem Hinweis auf den Wahlausgang und den aus ihm abzulesenden Wählerwillen aus. Womit wohl gemeint ist: Eine knappe rechnerische Mehrheit reicht nicht; erst wenn die CSV klar verliert, ist eine Regenbogenkoalition denkbar.



Nur Etienne Schneider, der sich als direkter Herausforderer von Jean-Claude Juncker positioniert, entwirft bisweilen das Bild einer Regierung ohne CSV-Beteiligung. Sein Anspruch, Premierminister zu werden, hat ja nur Sinn, wenn er Spitzenkandidat der stärksten Partei in einer möglichen Koalition ist. Dass die LSAP die CSV, die 2009 genau die doppelte Zahl an Sitzen errungen hat, übertrumpfen könnte, ist ja ganz undenkbar.

Verdammt ich lieb dich ...

Die LSAP, und insbesondere ihr Spitzenkandidat, befinden sich auf einer Gratwanderung, bei der es gilt, nach dem 20. Oktober alle sich bietenden Optionen offen zu lassen. Sollten die Sozialisten gestärkt aus den Wahlen hervorgehen, aber ohne dass es für eine sattelfeste Dreierkoalition reicht, müssten sie glaubhaft in die Rolle des CSV-Juniorpartners zurückfinden. Sollte die LSAP nur leicht verlieren - wie es die letzten Umfragen, die allerdings noch auf Erhebungen vor der eigentlichen politischen Krise zurückgehen, wahrscheinlich machen - so könnte es ebenfalls zu einem Fortbestehen von Schwarz-Rot kommen, da zumindest Juncker in der LSAP immer noch einen „natürlichen“ Partner sieht.

Die DP und in gewissem Sinne auch die Grünen gehen davon aus, dass sie sich hinsichtlich einer Dreierkoalition erst gar nicht zu outen brauchen: Bei den Umfragen im Frühsommer wurden



„Ras-le-bol“ damals wie heute: Die große Streikaktion der fortschrittlichen Gewerkschaft vom 9. September 1973 hatte Symbolcharakter.

für beide Parteien Stimmen- und Sitzgewinne errechnet, ein Effekt der durch die politische Krise innerhalb der CSV-LSAP Regierungsmehrheit wohl kaum in sein Gegenteil verkehrt worden sein dürfte. Sollte dann auch noch die CSV tatsächlich einbrechen und sich eine tragfähige Mehrheit zu Dritt ergeben, wäre der Weg für eine Dreierkoalition frei.

Wenn die CSV aber ihr erklärtes Ziel von „22 Plus“ erreicht, kann sich Juncker als Formateur einer neuen Regierung

aussuchen, mit wem er bis 2017 den Haushalt sanieren will. Dabei könnten sich jene, die den meisten Stimmenzuwachs verbuchen können, die größten Hoffnungen machen, da auch eine CSV dem „Wählerwillen“ zumindest formal gerecht werden muss.

All das macht es den unworbenen WählerInnen sehr schwer, zu entscheiden, wie sich denn nun verhalten sollen. Anders als 1974 ist ja nicht sicher, ob eine Stimme für eine der Parteien

aus dem möglichen Dreierbündnis überhaupt dazu verhilft, die CSV in die Schranken zu weisen. Zwar wird die CSV von allen drei kritisiert, doch ein „No go“ bezüglich einer Koalition mit der großen schwarzen Schwester spricht niemand aus. Die LSAP tut sich, mit Blick auf die linke Konkurrenz, schwer, zum „vote utile“ aufzurufen, da auch sie nicht versprechen kann, den Wechsel - zumindest was die politische Farbgestaltung anbelangt - herbeizuführen.

Für die DP birgt eine all zu klare Positionierung für einen Wechsel die Gefahr, die wirtschaftsliberale Stammklientel an die CSV zu verlieren. 1999, als die DP zum letzten Mal in einer nationalen Wahl Gewinne verbuchen konnte, profitierte sie vor allem vom Urrmut, den die Pensionsreform bei den Staatsbediensteten ausgelöst hatte. Der (Nicht-) Spitzenkandidat Xavier Bettel steht, anders als ein Gaston Thorn 1974, aber nicht für einen Politikwechsel (siehe folgenden Artikel).

Und die Grünen? Sollte der im Frühsommer errechnete Trend anhalten, steht ihnen so oder so die Tür zu Koalitionsgesprächen offen. Ob sich daraus auch erstmals eine Regierungsbeteiligung ergibt, dürfte vor allem von der Menge der zu schluckenden Kröten abhängen. Und die wäre, in Anbetracht des durchliberalisierten Wahlprogramms der Schneider-LSAP, im Falle einer Dreierkoalition nicht unbedingt geringer als bei einem Zusammengehen mit der CSV.

WAHLKAMPF 1974

„Eine neue Gesellschaftsordnung“

Renée Wagener

Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber man kann aus ihr lernen. Dass die Wahlkampagne von 1974 zur sozialliberalen Koalition führte, war Resultat einer gezielten Mobilisierung für ein neues politisches Projekt. Ein Blick zurück.

Der Wunsch vieler links von der CSV stehenden Wählerinnen und Wähler nach einer Regierung ohne die Christlich-Sozialen ist nicht nur die Reaktion auf einen in der Srel-Affäre für viele unerträglich selbstgerecht wirkenden Pre-

mier Juncker oder eine abgewirtschaftete Regierungspartei. Zumindest für viele der über 50jährigen ist der Gedanke an eine Ampelkoalition mit der Erinnerung an die sozialliberale Koalition und ihre Regierungszeit von 1974 bis 1979 verbunden: eine Zeit der Krise zwar, aber auch der Reformen und der gesellschaftlichen Modernisierung.

Doch 1974 ist nicht 2013. Während wir uns heute in einer Finanz- und Wirtschaftskrise befinden, die uns schon seit 2008 im Griff hat, war 1974 zumindest oberflächlich betrachtet die Welt noch in

Ordnung. Zwar gab es mit dem Ölschock von 1973 erste Anzeichen dafür, dass der Wirtschaftsboom seinem Ende zugehen könnte, und bereits Anfang 1974 sah der „tageblatt“-Journalist Robert Goebbels „dunkle Wolken am Horizont aufziehen“, weil die Energiekrise eine Wirtschaftskrise auszulösen drohe.

Doch im Wahlkampf 1974 waren solche Erwägungen kaum ein Thema, und auch kurz nach dem Regierungsantritt glaubte Vizepremier Vouel noch, die wirtschaftliche Situation Luxemburgs sei gesund: „Einzelne Wirtschaftszweige, so

z.B. die Stahlindustrie, kennen sogar ein außergewöhnlich gutes Jahr.“

Die sozialliberale Koalition kam also nicht als Antwort auf eine Krise zustande, sondern, und darin ist die Situation doch mit der heutigen vergleichbar, als Ausdruck eines „ras-le-bol“, eines kollektiven Bedürfnisses nach gesellschaftlichen Veränderungen. Allerdings sind auch hier deutliche Differenzen auszumachen: Die damalige CSV hatte als Regierungspartei gesellschaftliche Modernisierung und die Ausweitung individueller Freiheiten stets abgewehrt. Unter

THEMA

Pierre Werner wurde sie ihrer Rolle als konservative Partei mehr als gerecht als „Bremsmeister“ verwirklichten die Werner-Regierungen nur halbherzig eine Schulreform, zögerten die Reformen im Scheidungsrecht und bei der Emanzipation der verheirateten Frau so lange es ging hinaus und verweigerten die Entkriminalisierung der Abtreibung. Dieses Image der Partei, gesellschaftspolitisch ewig-gestrig zu sein, hat Jean-Claude Juncker in den 18 Jahren seiner Regierungszeit völlig umzudrehen vermocht: Frauenministerium, PACS oder Abtreibungsreform usw. bestimmen nun das fortschrittlichere Erscheinungsbild, das der Premier seiner Partei überstülpte - ob sie sich auch im Kern verändert hat, ist freilich eine andere Frage.

Der blaue Tiger

1974 ist nicht 2013, und Bettel ist nicht Thorn. Ein halbes Jahrhundert nach dem Ableben des linksliberalen Blocks im Ersten Weltkrieg hatte sich die liberale Partei unter Gaston Thorn als Parteipräsident wieder ein linksliberales Image gegeben. Das kam nicht von ungefähr. Thorn hatte als junger Mann den Vorsitz der UNEL inne - der britische „Guardian“ wusste anlässlich seines Todes sogar zu berichten, der DP-Politiker sei in seiner Jugend sozialistischer Militant gewesen.

Dass Thorn der DP ein linkes Image verpasste, entsprach aber wohl zu einem großen Teil politischem Kalkül. Thorn und sein Mitstreiter Marcel Mart ließen schon 1971 ihre Partei ein liberales Manifest beschließen, worin diese ihren Willen bekundete „am Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung mitzuarbeiten, deren Ziel es ist, der menschlichen Persönlichkeit die besten Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb einer echt verstandenen kollektiven Solidarität zu bieten“. Das hinderte nicht, dass die Grundsätze der „sozialen Marktwirtschaft“ bejaht wurden, „die durch ihr Zusammenspiel von freier Initiative und staatlichen Eingriffsmöglichkeiten den Produktions- und Verteilungsprozeß optimal den Bedürfnissen des arbeitenden Menschen und des Konsumenten anzupassen imstande sind“.

Der sozialistisch gefärbte Jargon mag heute erstaunen, entsprach aber dem damals herrschenden gesellschaftlichen Klima. Doch über Sprachanpassungen hinaus definierte Thorn die Partei mit dem „Tiger im Tank“ offen als linksstehend - und das, obwohl die DP Juniorpartnerin in der Regierung war und es durchaus auch einen konservativen, CSV-freundlichen Flügel innerhalb der DP gab. Linkssein war in dieser Epoche ein weitgefasserter Begriff und stand für Modernität, Reformfreudigkeit, Einbeziehung von Frauen und Jugendlichen, Chancengleichheit in Schule und Beruf für alle. Und in den Wahlversammlungen sprachen sich DP-Persönlichkeiten



Linker Jargon: In den 1970er Jahren ist die JDL, die Jugendorganisation der Demokratischen Partei, gegen die „Pfaffen“, antiautoritär und friedliebend.

deutlich für eine Koalition ohne CSV aus. Natürlich ist es denkbar, dass der Schachzug der DP damals auch die CSV unter Druck setzen sollte.

Nach seinen eigenen Worten glaubte Thorn noch eine Woche vor den Wahlen an eine Neuauflage der CSV-DP-Koalition. Trotzdem kann man vermuten, dass es auch eine Großwetterlage gab, die einer sozialliberalen Koalition günstig war - und die die Haltung der Entscheidungsträger in Industrie und Wirtschaft beeinflusste. Dass die CSV selbst mit einer möglichen Linkskoalition rechnete - allerdings in Form einer Dreierkoalition mit Einbeziehung der Sozialdemokratischen Partei (SdP) - zeigt sich in der anti-sozialistischen Kampagne des „Luxemburger Wort“, das zum Beispiel die LSAP als „Linksfanatiker“ verunglimpfte, „die über den Weg einer sozialistisch-kommunistischen Volksfront die Errichtung einer marxistischen Gesellschaftsordnung anstreben“.

Linke Alternative?

Die LSAP ihrerseits betrieb als Oppositionspartei einen offensiven Wahlkampf gegen beide Regierungsparteien. LSAP-Theoretiker Michel Delvaux plädierte im wirtschaftsliberalen „Lëtzeburger Land“ für die Schaffung eines „pôle d'opposition au pouvoir PCS“. Unter Verweis auf das einschneidende Moment der große Protestmanifestation der Gewerkschaften von 1973 meinte er: „Le courant qui s'est dégagé le 9 octobre 1973 est marqué d'un fort potentiel. Il a prouvé la nécessité d'une force politique d'alternative, celle-ci ne saurait surgir sur le terrain des luttes anti-cléricales du passé ; le Cartel des gauches appartient au Musée de l'histoire. Ce bloc ne saurait non plus avoir pour unique but la modernisation de l'appareil de production et l'amélioration de l'efficacité économique, même si ces deux aspects sont essentiels. Il devrait porter

das heißt:

„MIR SIN KENG PAAFFEN“

Jungdemokraten sind weder gegen Religion noch gegen die Kirche. Für sie ist Christ sein oder zur Kirche gehen Privatsache. Trotzdem tritt die JDL für die Trennung von Kirche und Staat ein. Sie findet es bedauernd, daß Atheisten oder solche die es sein wollen, die Pfaffen d'bei bezaubern müssen. Außerdem fordern die Jungdemokraten die Einführung der religiös-neutralen Schule, und für jedes Kind ab 1. Schuljahr die freie Wahl zwischen Religions-, Morale laïque- und später, Philosophieunterricht.



das heißt:

UNDOGMATISCH

Gesellschaftsordnungen sollen für Menschen gemacht werden, nicht menschliche Bedürfnisse an Systeme angepaßt werden. Deshalb legen sich Jungdemokraten nicht auf ein bestimmtes Gesellschaftsmodell fest. Wir wollen die größtmögliche Freiheit für die größtmögliche Zahl von Menschen. Der Schutz Andersdenkender und die Offenheit für neue Gedanken sind Kernstück liberaler Politik. Denn jeder Fortschritt beginnt mit einer Abweichung von der herrschenden Meinung. Konservative sind deshalb ebenso Feinde des Fortschritts wie Dogmatiker, die sich im Besitze der alleinigen Wahrheit und des einzigen Rechtes glauben.

2+2=5



das heißt:

ANTIMILITARISTISCH

Gewalt und militärische Auseinandersetzungen sind für die JDL kein Mittel der Politik. Wir suchen nach neuen Formen der Friedenssicherung, die nicht auf Gewaltandrohung und „Abschreckung“ beruhen. Die Jungdemokraten unterstützen unbedingtes jegliche Art von (Militär-)Diktatur, sie unterstützen in gleichem Maße jeden Imperialismus, ob amerikanischen (Vietnam) oder sowjetischer (CSSR) Natur.



Karriere auf der internationalen Bühne präsent war, den Staatsmann ohne weiteres ab. Beim ungekrönten DP-Spitzenkandidaten Xavier Bettel dagegen weiß man überhaupt nicht so recht, wo er sich ideologisch situiert. Lediglich mit seinem Auftreten als Berufsjugendlicher hat er bisher eine Stimmung von Aufbruch und Dynamik vermitteln können. Doch nun, wo es um die Regierungsbeteiligung der DP geht, ist ihm dieses Image eher hinderlich. Insgesamt spielt die DP wenig mit ihrem linken Image, wenn man von dem Megaphon-Logo auf ihrem Wahlkampfmaterial absieht. Der LSAP-Spitzenkandidat Schneider wirkt einen Hauch staatsmännischer als sein Gegenspieler Bettel und rückt auch deutlicher von der CSV ab, hat aber auch die LSAP in wirtschaftlicher Hinsicht „Reformkonform“ gemacht.

Auch in der Form hat sich seit 1974 bei der LSAP einiges getan, denn damals setzte die Partei eher auf ihr Programm als auf Persönlichkeiten, was trotz ihres insgesamt ehrenwerten Abschneidens - immerhin hatte sie in Astrid Lullings SdP eine neue Konkurrenz - ihre Position in den anschließenden Koalitionsverhandlungen schwächte: Die kleinere Regierungspartei DP, deren Anführer mit dem besten persönlichen Resultat punktete, erhielt den Posten des Premierministers.

Dass die DP nach der sozialistischen Wahlniederlage 1979 - nach kurzem Zögern Gaston Thorns - mit der CSV eine Koalition einging, deutet darauf hin, dass der sozialliberale Honeymoon keine sichere Fundierung in der DP hatte. Wie begrenzt die Tragweite des linken Liberalismus war, zeigten jedoch bereits die zwischen LSAP und DP bei der Aushandlung der Abtreibungsreform oder beim heiklen Thema Nato-Partnerschaft aufgetretenen Schwierigkeiten. Thorn selbst verabschiedete sich ein Jahr nach Ende der sozialliberalen Koalition und wurde Präsident der Europäischen Kommission.

Unterm Strich bleibt, dass damals - im Unterschied zu heute - weder LSAP noch DP sich scheuten, eine Koalitionsaussage zu machen. Und dass sie damit der Wechselstimmung in der Gesellschaft Rechnung trugen, die auch sie wahrgenommen hatten. Ihr Plan, mit dem angekündigten neuen politischen Projekt auch über ihre Stammwählerschaft hinaus Stimmen zu mobilisieren, ging auf. Allerdings war es damals vielleicht einfacher, diesen Mut aufzubringen. Seither nämlich hat sich die Struktur des Elektorsats fundamental verändert: Schon 1979 erfuhr die LSAP, dass die Industriearbeiterschaft, ihre sichere Bank, eine aussterbende Spezies sei, und auch die enge Verbindung zu den Gewerkschaften bröckelte zunehmend. Und heute muss sich die DP damit anfreunden, dass ZahnärztInnen, RechtsanwältInnen und sogar WirtschaftsführerInnen durchaus geeignet sind, grün zu wählen.

Staatsmännisch?

Eine überzeugende Koalitionsaussage erfordert glaubhafte Botschafter. Thorn verstand es damals, die Karte des Fortschritts zu spielen. Und zugleich nahm man ihm, der als Mitglied des Europaparlaments, dann als Außenminister schon seit Beginn seiner politischen